

Lehren und studieren im Korsett

In Deutschland sorgt der «Bologna-Prozess» vor allem für erhöhten Konformismus

Mittlerweile haben sich 45 europäische Staaten der Erklärung angeschlossen, mit der im Juni 1999 in Bologna der Wille zur Schaffung eines gemeinsamen Hochschulraums verkündet wurde. In einer lockeren Folge von Artikeln wollen wir beleuchten, wie sich der «Bologna-Prozess» in ausgewählten Ländern vollzieht. Den Anfang macht Deutschland.

Wer Europa als Wirtschaftsmacht gegenüber den USA und Asien stärken will, kommt nicht umhin, Europa als Grossmacht des Wissens zu etablieren. Diesen Gedanken im Hinterkopf und auf den Lippen das Bekenntnis zu der Ansicht, dass einem gemeinsamen Hochschulraum entscheidende Bedeutung «für die Schaffung eines friedvollen und harmonischen Europa» zukommt, unterzeichneten vor sechseinhalb Jahren die Vertreter von 29 Staaten die sogenannte «Bologna-Erklärung». Obzwar kein Vertrag, sondern nur eine transnationale politische Willenserklärung, sorgt die Vereinbarung seither für einen überaus tiefgreifenden Umbau der Universitäten und (Fach-)Hochschulen. In Deutschland hört man gar, der Eingriff sei gravierender als alles, was dem akademischen Betrieb seit 1945 zugemutet worden sei, «1968 eingeschlossen».

Zustimmung ist Mangelware

Die Zielsetzungen wirken plausibel: Um den Austausch von Lehrenden und Lernenden zu erleichtern, sollen Studienabschlüsse europaweit vergleichbar sein und anerkannt werden. Dazu dienen vor allem zwei Neuerungen: Ein einheitliches Punktesystem erfasst den Arbeitsaufwand der Studenten im Detail, zudem werden Bachelor und Master überall übliche Abschlüsse. Studiengänge, die zum Magister oder Diplom hinführen, laufen aus. Aber nicht nur, dass diese alten akademischen Grade verschwinden. Das Studium zerfällt in zwei Stufen und beschleunigt sich. Nach zwei, maximal drei Jahren soll der Student seinen Bachelor gemacht haben. Gemäss den politischen Versprechungen gilt er damit bereits als für einen Beruf qualifiziert. Der Bachelor entspricht in Deutschland ungefähr dem alten Fachhochschuldiplom. Einen dem Universitätsdiplom oder Magister vergleichbaren Abschluss bietet erst der Master. Um ihn zu erlangen, müsste der Bakkalaureat weitere ein bis zwei Jahre studieren. Mehr als insgesamt vier Jahre allerdings darf das zweistufige, mit dem Master beschlossene Studium nicht beanspruchen.

Fairerweise sollte man jedem Urteil über den «Bologna-Prozess» vorausschicken, dass es noch kein abschliessendes sein kann. Nicht einmal die Hälfte aller Curricula in Deutschland sind zurzeit als Bachelor- und Master-Studiengänge «akkreditiert». Vielerorts fehlt es einstweilen an spruchreifer Erfahrung mit der Reform. Doch peinlich sollte den politisch Verantwortlichen schon jetzt sein, dass es selbst wohlwollenden Hochschulangehörigen schwerfällt, echte Verbesserungen zu nennen, die «Bologna» gebracht haben könnte. Bestenfalls kommen dabei Freundlichkeiten heraus, wie sie Reinhart Poprawe äussert, Leiter des Lehrstuhls für Lasertechnik an der RWTH

Aachen. Ausdrücklich um positive Beispiele gebeten, fällt ihm nur ein, am Institut hätten er und seine Kollegen die Reform als «Chance genutzt, bei den Strukturen aufzuräumen». Ungleich konkreter wird er bei den Mängeln: «Den Bachelor als Regelabschluss akzeptieren wir nicht.» In so kurzer Zeit sei kein Student der Ingenieurwissenschaft reif für den Beruf. Die Industrie sehe das übrigens genauso.

Wir berühren hier eine der deutschen Eigenlichkeiten im «Bologna-Prozess». Es ist keineswegs europäischer Konsens, dass ein Student mit dem Bachelor sein Studium beenden müsse, der Master demnach als Ausnahme zu gelten habe. Aber die Deutschen haben dies zur Regel erhoben. Zu ihrer Normenbegeisterung gehört auch, Studiendauer und Leistungsnachweise exakt und verbindlich zu fixieren. «Unterschiede im kulturellen Bereich wie auch zwischen den nationalen Hochschulsystemen» sollten gewahrt bleiben, hatte man 1999 in Bologna erklärt. Dass die Wahrung der kulturellen Differenz nun darin besteht, in einzigartiger, von keinem Nachbarn erreichter Deutlichkeit auszusprechen, ein angehender Master möge unbedingt 300 Leistungspunkte («Credits») nachweisen, ist kein sonderlich beglückender Umstand.

Profilierungen

Eine Reihe von Versprechungen umrahmt den «Bologna-Prozess»: Transparenter soll das Studium werden, autonomer die Hochschule. Interdisziplinarität und Internationalität sollen Triumphe feiern. An der Nachfolgekonferenz im Jahre 2001 in Prag wurden die «soziale Dimension» des Prozesses und die «Beteiligung der Hochschulen und der Studierenden» herausgestellt. Blickt man auf die deutsche Wirklichkeit, dann ist «Transparenz» nur ein hübscheres Wort für mehr Kontrolle, und der Autonomiezuwachs besteht darin, dass die Universitäten bei der Einrichtung der Bachelor- und Master-Studiengänge von sogenannten Akkreditierungsagenturen statt von Ministerien abhängen. Studenten müssen sich ihre Curricula aus Lerneinheiten, «Module» genannt, zusammenbasteln. Jedes Modul ist durch die Anzahl von «Credits», die man bei seiner Absolvierung erlangt, qualifiziert. Eine Note für Leistungen gibt es zudem, aber die Punktzahl bestimmt, mit welchem Gewicht diese Zensur in die Abschlussnote eingeht. «Wer sein eigener Bankier wird und Credit-Points verwaltet, ist nicht an Inhalten interessiert», sagt ein Hannoverscher Literaturwissenschaftler, der ungenannt bleiben möchte. Er befürchtet eine «radikale Umwandlung des Studierverhaltens».

Tatsächlich hat die Modularisierung im Verein mit dem Versprechen, der Bachelor sei «berufsqualifizierend», zu einigen seltsamen neuen Profilierungen des Studiums geführt. In Hannover etwa kamen Mitarbeiter des ortsansässigen Reifenherstellers Continental zum Zuge, um im Germanistischen Seminar «Event-Marketing» zu lehren. Geisteswissenschaftler, die ihre Berufsbezeichnung noch beim vollen Nennwert nehmen, stöhnen über den Einzug von Power-Point-Präsentationen. Anschaulichkeit zähle mehr als Logik, Eindeutigkeit mehr als Komplexität, und beobachten lasse sich, wie der «Glaube ans Lehrbuch und an frontales Vermitteln» die Köpfe

kolonisiere.

Otfried Höffe, Professor für Philosophie und Dekan an der Universität Tübingen, lässt auf seine «phantastischen Studenten» nichts kommen. Er sieht eher Kollegen Opfer des Zeitgeistes werden. Von zusätzlicher Gremienarbeit erschöpft, schlössen sie mit den Neuerungen Frieden. Höffes vorläufige Bologna-Bilanz ist im Ton moderat, doch in der Sache vernichtend. Die Interdisziplinarität sei im alten System, das grosse Freiheit bei der Wahl von Zweit- und Nebenfächern geboten habe, grösser gewesen, behauptet der Philosoph, und für die Internationalität leiste das Austauschprogramm «Erasmus mundus» bessere Dienste als «Bologna». Zur Autonomie der deutschen Universität fällt Höffe ein, «dass wir bei Berufungen nicht einmal mehr selbständig festlegen dürfen, in welcher Reihenfolge die Kandidaten in der Schlussrunde auf der Liste stehen». Ständig müssten Vergleichsgutachten eingeholt werden. Und dann die Begutachtung und Billigung der neuen Studiengänge durch Akkreditierungsagenturen von halb privatwirtschaftlichem Charakter: «Von den fachfremden Kräften hängen wir in einem Masse ab wie nie vorher. Und es gibt keine Kontrolle dieser Leute, keine Berufungsinstanz gegen ihre Voten.»

Eine neue Nomenklatura

Diese Agenturen, die nicht nur der demokratischen Kontrolle entbehren, sondern als Wirkungsfeld besonders für zweitrangige Köpfe attraktiv zu sein scheinen, sind Gegenstand beharrlicher Kritik. Über die «Heranbildung einer I-Klasse, eines Inspektorats, einer Nomenklatura aus Akkreditoren, Planern, Bildungsberatern und Räten, mit der verglichen die Aufsicht der Ministerien bald wie der freundliche Kontaktbeamte aus dem Uni-Viertel anmuten wird», schimpft der Hamburger Kunsthistoriker Wolfgang Kemp, einer der brillantesten Polemiker gegen «Bologna».

In Bonn, bei der Hochschulrektorenkonferenz, kommentiert man solchen Unmut lapidar: Jede Umstellung bringe zeitweilige Mehrbelastung. Doch eingeräumt wird, dass es mit der erwünschten grenzüberschreitenden Mobilität der Studenten hapert. «Die Tendenz zur Verschlangung des Studiums und der Kontrollzwang bremsen. Die Strukturen sind deutlich unflexibler, der Druck ist grösser.» Fest im Korsett des Curriculums steckend, haben die Studenten Angst, sie könnten im Ausland Semester verlieren. Das Gegenteil des Geplanten ist eingetreten.

Joachim Güntner